

Während die Welt zusieht, stirbt Gaza – so die erschütternde Anklage von Amnesty International in ihrem neuen Jahresbericht über die Menschenrechtslage weltweit. Die renommierte Organisation erneuert ihre schweren Vorwürfe gegen Israel und spricht offen von einem "Genozid in Echtzeit", der seit dem 7. Oktober 2023 in der palästinensischen Enklave verübt werde.

"Ein Völkermord vor den Augen der Welt"

Der Bericht mit dem Titel "Am Abgrund" wurde am Dienstag, 29. April 2025, veröffentlicht. Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International, findet darin klare Worte: "Seit dem 7. Oktober sehen wir live mit an, wie ein Genozid geschieht." Sie verweist auf die Angriffe Israels auf die Zivilbevölkerung in Gaza – darunter gezielte Bombardierungen, die ganze Familien auslöschten, Häuser, Krankenhäuser und Schulen zerstörten.

Die internationale Gemeinschaft habe weitgehend tatenlos zugesehen, wie die israelischen Streitkräfte systematisch Palästinenserinnen und Palästinenser töteten und ganze Lebensgrundlagen vernichteten, so Callamard.

Israel weist die Vorwürfe entschieden zurück

Schon Ende 2024 hatte Amnesty International Israel erstmals des Völkermords beschuldigt eine Anschuldigung, die die israelische Regierung kategorisch zurückwies. Auch jetzt werden die schweren Vorwürfe von Tel Aviv erneut als "unbegründet" und "politisch motiviert" abgelehnt.

Amnesty International betont dagegen, dass ihre Untersuchungen klar belegten, dass Israel Handlungen begehe, die laut der Völkermordkonvention ausdrücklich verboten seien - mit dem Ziel, die palästinensische Bevölkerung in Gaza zu zerstören.

Zu den dokumentierten Verbrechen gehören:



- gezielte Tötungen von Zivilisten,
- schwere k\u00f6rperliche und psychische Gewalt,
- Zwangsvertreibungen,
- Verschwindenlassen von Menschen,
- sowie die bewusste Schaffung von Lebensbedingungen, die auf eine physische Vernichtung abzielen.

Die Eskalation nach der gescheiterten Waffenruhe

Nach einer knapp zweimonatigen Waffenruhe, die im Januar ausgehandelt worden war, eskalierte der Konflikt erneut: Am 18. März nahm Israel seine Offensive wieder auf. Als Grund nannte die israelische Regierung die Weigerung der Hamas, die letzten verbliebenen Geiseln freizulassen.

In der Nacht auf Dienstag kam es zu einem weiteren schweren Angriff auf ein Zeltlager für Vertriebene im Süden Gazas. Mindestens vier Menschen verloren dabei ihr Leben – ein weiterer Tropfen in einem Ozean des Leids, der sich Tag für Tag ausweitet.

Eine Welt, die zusieht

Die Worte von Amnesty International lassen keinen Raum für Beschönigungen: Der Nahe Osten stehe am Rand einer Katastrophe, während viele Staaten entweder schweigen oder ihre Reaktionen auf diplomatische Floskeln beschränken.

Es bleibt die Frage: Wie viele Beweise braucht es noch, bevor die Weltgemeinschaft handelt?

Von Catherine H.